

PARTEIEN

Wagnis Stiftung

Mitglieder und Sympathisanten der Piraten bauen zurzeit eine parteinahe Stiftung namens Peira (griechisch für Wagnis) auf. Die bislang als Verein eingetragene Denkfabrik wolle in Zukunft Veranstaltungen organisieren, politische Bildungsarbeit leisten und Kernbegriffe der Piraten wie Transparenz klarer definieren, sagt Peira-Sprecher Rainer Thiem. Auf einem Treffen am 9. November sei auch darüber diskutiert worden, eigenes TV-Material zu produzieren, um eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Den Piraten fehlte bislang eine Institution, die sich abseits des politischen Tagesgeschäfts mit der Identität der Partei und ihrem Umfeld befasst. Mehrere Anläufe, eine Stiftung zu gründen, waren in den vergangenen Jahren gescheitert.

MIGRATION

Fluchtpunkt Tiflis

Wegen der hohen Zahl ägyptischer Asylsuchender auf deutschen Flughäfen hat das Innenministerium einen Berater der Bundespolizei nach Georgien geschickt. Der Beamte soll Airlines am Flughafen Tiflis unterstützen, die Einreise möglicher Asylsuchender nach Deutschland zu verhindern. Ägypter können ohne Visum nach Georgien einreisen. Sie buchen von dort einen Weiterflug mit Zwischenstopp in Deutschland, den sie für einen Asylantrag nutzen. Seit Mai dieses Jahres sind so mehr als 1500 Ägypter eingereist. „Da sie über gültige Reisedokumente verfügen, erweisen sich konkrete Maßnahmen zur Verhinderung ihrer Einreise aus rechtlichen Gründen als problematisch“, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums.



CHRISTIAN O. BRUCH / DAP

SOZIALRECHT

„Gleiches Recht für alle“

Heinrich Alt, 63, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, über die Pläne, bei Hartz-IV-Empfängern nach Einkünften aus Internethandel zu forschen

SPiegel: Sie wollen künftig den Datenverkehr im Internet überwachen, um herauszufinden, ob Hartz-IV-Empfänger auf Ebay Klamotten oder mal ein altes Fahrrad verkaufen?

Alt: Unsinn. Weder sind wir die NSA, noch interessieren uns die Privatge-

schäfte unserer Leistungsbezieher. Es geht nur darum, dass wir Daten, die ohnehin bei anderen Behörden vorhanden sind, nutzen können, damit gleiches Recht für alle gilt: Jemand, der im Internet professionelle und gute Geschäfte macht, soll nicht bessergestellt sein als jemand, der irgendwo angestellt ist und zusätzlich Hartz IV bezieht.

SPiegel: Im Papier einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe heißt es, Sie wollten eine gesetzliche Grundlage für die „Erhebung von Daten im Internet“.

Alt: Das ist missverstanden worden. Wir wollen nur eine bestehende Vorschrift zum Datenabgleich erweitern – auf Daten, die bei den Steuerbehörden erhoben werden, wenn geprüft wird, ob Internethändler ihrer Umsatzsteuerpflicht nachkommen.

SPiegel: Die beginnt bei 17 500 Euro im Jahr – wer darunterliegt, interessiert Sie also gar nicht?

Alt: Nein, und es gibt ja auch noch den Freibetrag für Einkommen oder Vermögen. Es geht uns nur um Menschen, die wirklich deutliche Einkünfte über Internethandel haben. Keine Einkommensart soll bevorzugt oder benachteiligt werden. Deshalb wollen wir ja auch einen Datenabgleich mit den Grundbuchämtern. Damit nicht nur Leute mit verdecktem Bankvermögen erkannt werden, sondern auch Grundbesitzer. Wir halten das für gerechter, aber es sind derzeit ja nur Vorschläge. Am Ende entscheidet der Gesetzgeber.